

Das Ausland gab sich begeistert zum Start des neuen Präsidenten, die brasilianische Öffentlichkeit schenkt Lula Vertrauen, obwohl er ihr nur „bittere Arzneien“ zu bieten hat. Aber es geht weniger um das Resultat der ersten 100 Tage, als um die Chancen eines historischen Reformwerkes in vier Jahren politischer Kärnerarbeit.

Belíssimas Surpresas?

TEXT: LORENZ WINTER



Am Wochenende spielt der Präsident mit seinen Ministern gern Fußball, was dann manchmal nicht ohne Opfer abgeht – etwa als sich Finanzminister Palocci bei einem dieser Matches im sportlichen Übereifer den Knöchel brach. Und Opfer will Luiz Inácio („Lula“) da Silva gleich im ersten Amtsjahr auch den Bürgern und Firmen

seines Landes abverlangen: eine weitere Null-Runde bei Löhnen und Gehältern im Öffentlichen Dienst, Rentenbesteuerung, Fortsetzung der Hochzinspolitik, solange die Inflation zweistellig tragt. Bei solchen Aussichten mögen sich viele Brasilianer verduzt gefragt haben, wo denn nun die „belíssimas surpresas“ bleiben, die Lula kurz vor Ablauf seiner ersten 100 Tage ankündigte.

Zum Stichdatum trat dann auch ein ganz anderer Staatschef als der legere Fußballchamp vor die Fernseh-Kameras: In feinstes Tuch gekleidet, adrett geföhnt, perfekt geschminkt und von seinen Marketingchefs mit sanftem Tonfall, würdevoller Gestik sowie beruhigendem Wortschatz ausgestattet, räumte Lula ein, dass er dem Land eine „bittere Arznei“ verabreichen müsse. Doch so sei es nun einmal im Leben: Um die Dinge zu verändern, gebe es oft keine andere Alternative. Darum heiße es jetzt, entschlossen voranzuschreiten: „Behutsam, ohne übertriebenen Optimismus, beide Beine fest auf dem Boden, aber in der Gewissheit, dass bessere Tage auf uns warten“.

Hoffnung schöpfte der Präsident bei seinen Worten aus einer zunächst verblüffenden Beobachtung. Die ganze Welt glaube, so tröstete er seine womöglich enttäuschten Zuschauer, dass Brasilien sich auf dem richtigen Weg befinde. Und in der Tat überboten sich Institutionen wie der Weltwährungsfonds, die Weltbank oder die Pariser OECD letzthin geradezu mit Lobgesängen auf die verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik der neuen Regierung. Besonders überschwänglich klang der Applaus beim Währungsfonds, wo Lula und sein Kabinett eben die nächste Rate eines noch vor dem Regierungswechsel ausgehandelten Kredits gezogen hatten: Ein Sprecher der Behörde meinte, seine Handlungsweise werde eines Tages vielleicht als „historische Wende“ anerkannt werden. Sogar der

US-Megainvestor George Soros, der Brasilien mitten im Wahlkampf von 2002 für „technisch bankrott“ befunden hatte, bekannte sich plötzlich zu einer Fehleinschätzung: Auch er sei nunmehr optimistisch gestimmt, meinte der Finanzmagnat.

Der abrupte Stimmungswchsel von der Panik des Vorjahres zur Euphorie im ersten Quartal 2003, erklärt sich natürlich einfach daraus, dass Lula weder das vielfach befürchtete Schuldenmoratorium verhängte noch auch nur Kapitalverkehrscontrollen einführte. Für eine Aussetzung der Zins- und Tilgungszahlungen bestand aber auch gar kein Anlass. Denn Lulas Amtsvorgänger Cardoso, Palocci Lehrmeister Pedro Malan und der frühere Notenbankchef Arminio Fraga hatten schon recht, wenn sie Auslandsinvestoren immer wieder darauf verwiesen, dass Brasiliens Schuldenlast zwar schmerzhaft Tributleistungen erzwingt, aber durchaus „administrabel“ sei. Schließlich lag (und liegt) die Schuldenquote mit rund 55 Prozent vom Inlandsprodukt weit unter dem Wert, den sich etwa einige EU-Mitglieder vor den Maastricht-Reformen leisteten. Und das Risiko von Kapitalverkehrskontrollen dürfte dem ehemaligen VW-Werker und Metallgewerkschafter Lula nur allzu klar bewusst sein: Wo kein altes Geld heraus fließen darf, wird auch kein neues herbeiströmen.

Kaum hatten sich solche Einsichten an den Finanzmärkten sowie bei den multilateralen Kreditorganisationen und Wirtschaftsforschungs-Instituten durchgesetzt, drehte folglich prompt der Wind und Brasilien verdiente nun wieder „Nota Dez“. Ebenso zuversichtlich reagiert vorerst trotz der angekündigten Haushaltsabstriche und sonstigen Sparmaßnahmen die einheimische Öffentlichkeit: Bei Umfragen erklärten zum Ende der 100 Tage 80 Prozent der Brasilianer Lula ihr Vertrauen, 75 Prozent

befürworteten seine Politik und 65 Prozent würden für ihn stimmen, „wenn am nächsten Sonntag Wahlen stattfinden“.

Vielleicht noch bezeichnender für das politische Klima im Lande ist die Quote von 60 Prozent aller Befragten, die Lulas Regime für „besser“ halten als das Cardoso und insbesondere die Beobachtung, dass er persönlich auch von jenen Umfrageteilnehmern respektiert wird, die seine Politik für verfehlt halten. Der Präsident verfügt damit (in erster Linie wohl wegen seiner jovialen und zwanglosen Umgangsformen) über ein Kapital an Glaubwürdigkeit, das die gelegentlich allzu intellektuell abgehobene Redeweise Cardoso nie aufzubauen verstand. Beeindruckt von der Volkstümlichkeit Lulas erklärte sein Amtsvorgänger darum letztlich, der neue Regierungschef habe bewiesen, dass er nicht nur wie ein Arbeiterführer sprechen könne, sondern anfangs, sich als echter Staatsmann zu geben. So nahm es schließlich auch kein Wunder, wenn Lula schon sechs Wochen (!) nach seinem Amtsantritt als Kandidat für den diesjährigen Friedensnobelpreis gehandelt wurde.

Nur hier und da fielen während der ersten 100 Tage des „Hoffnungsträgers“ Lula, dessen Stimme von Porto Alegre bis Davos gehört wurde, doch wieder Schatten auf das glanzvolle Bild. Es begann damit, dass Mitarbeiter der Weltbank die konfuse Fülle und undurchdachten Kontrollmechanismen der brasilianischen Sozialprogramme rügten – allen voran das viel zitierte Projekt „Fome Zero“, das anfangs nicht recht aus den Startlöchern zu kommen schien. Der Präsident und seine Berater räumten solche Mängel inzwischen ein und versprachen Abhilfe. Außenpolitisch machte Lula sein ungeklärtes Verhältnis zu Fidel Castro und Hugo Chavez zu schaffen, und ein Angebot zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge sprach Brasilia so ungeschickt aus, dass es auch als Exilofferte an Saddam Hussein gedeutet werden konnte.

Am heftigsten wurde Lula freilich für seine an sich harmlose Bemerkung getadelt, vier Jahre Amtszeit seien vielleicht zu wenig für alles, was er sich vorgenommen habe. Die Kongressopposition kreierte ihm das als flapsigen Vorgriff auf die Option der Wiederwahl an, in den Reihen der Regierungskoalition kritisierte man, dass Lula die Äußerung ohne vorherige Absprache mit den Fraktionsführern riskiert habe.

Auch wirtschaftspolitisch steht in Brasilien unter Lulas Führung längst nicht



alles so, wie es die Elogien von jenseits der Grenzen her vermuten lassen. Gewiss: Der Real hat sich gefangen und die Risikoprämie auf brasilianische Papiere wurde mehr als halbiert, so dass Öffentliche Hand und Privatunternehmen neue Anleihen am Markt unterbringen konnten. Die Leistungsbilanz des Landes wies im ersten Quartal 2003 ein hauchdünnes Plus aus und das Volumen der Auslandsinvestitionen schwoll wieder an. Doch schon im April geriet die Bilanz erneut in die „roten Zahlen“ und die Investitionen belaufen sich immer erst noch auf ein Drittel vom Wert des Vergleichsmonats zu Zeiten Cardoso und Malans. Gleichzeitig verharrten Inflationsrate und Arbeitslosenquote auf unverändert hohem Niveau; das Wirtschaftswachstum dürfte in diesem Jahr kaum mehr als zwei Prozent erreichen, solange die Notenbank den Zins nicht senkt.

Im Grund aber wird die Herkules-Aufgabe, die Lula während seiner ersten 1460 Tage Amtszeit zu bewältigen hat, an ganz anderen Kennzahlen sichtbar. Mindestens 40 Prozent aller Brasilianer verdienen ihr Geld heutzutage ganz oder doch überwiegend in der Schattenwirtschaft. Die amtlichen Statistiken weisen die finanziellen Folgen dieses Zustands nicht klar aus, die politischen lassen sich an der Welle von Gewalttaten in den Grosstädten (vor allem in Rio) ablesen. Ferner schreiben die Statistiken schon seit 20 Jahren nicht mehr korrekt auf das Volksvermögen ab: Brasilien rechnet sich künstlich reicher, als es ist. Die Finanzmärkte erzwingen die richtige Bewertung aber von Zeit zu Zeit durch brutale Wechselkurs-Bereinigung-

gen. Brasilien fiel so seit 1998 in der Weltrangliste (nach dem Inlandsprodukt in Dollar) vom achten auf den zwölften Platz zurück. Und nach einer Prognose der Unternehmensberatung Global Invest in Curitiba könnte es dieses Jahr auf Platz 15 landen – überholt von Indien, den Niederlanden und Australien.

Lula ahnt um die zuvor erwähnten Zusammenhänge, weshalb er in seiner „State-of-the-Union“-Botschaft betonte, ohne Steuer- und Rentenreform, eine Modernisierung des Arbeitsrechts und eine Entkrustung des von Korruption, Pfründedenken und Vetternwirtschaft überwucherten politischen Systems bestehe keine Aussicht auf durchgreifenden wirtschaftlichen Wandel. Seine Regierung müsse sich allerdings gewaltig anstrengen, um den Brasilianern die Bedeutung der Reformen für die Zukunft des Landes klar zu machen, meinten Kommentatoren nach dem Fernsehauftritt des Präsidenten. Denn bisher rangieren sie unter den Wünschen und Sorgen der Wähler an letzter Stelle.

Dafür jedoch hat der neue Präsident die Chance, bei der Meisterung des Reformwerkes sein Talent der Konsensfindung einsetzen zu können. Ohne die Partnerschaft mit Einzelstaaten und Gemeinden sowie den Wirtschaftsverbänden und NGOs könne dieses Werk nicht gelingen, meinte Lula bei seiner Ansprache. Das hatte auch sein Amtsvorgänger Cardoso oft genug zu spüren bekommen. Jetzt wird der frischgebackene Staatsmann ihm zeigen müssen, wie man den „jeito“ richtig hinkommt. ■